

UNIVERSITÄTSZEITUNG

Sächsische
Landesbibliothek

20. MÄRZ 1963

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG



DER KARL-MARX-UNIVERSITÄT

7. JAHRGANG, NR. 11

LEIPZIG, 14. MÄRZ 1963

PREIS 15 PF

... im Spiegel der Messe (Seite 3) • Es kommt kein Lenz (Seite 5)



Kronanwalt D. N. Pritt und Rektor Prof. Dr. Georg Meyer bei der Aussprache des britischen Gastes mit Professoren und Dozenten unserer Universität im Gebäude des Dimitroff-Museums. Foto: IFF 63

Professoren im Gespräch mit Kronanwalt D. N. Pritt

„Eine Torheit, die Souveränität der DDR nicht zu respektieren“

Etwas 50 Angehörige des Lehrkörpers aus allen Fakultäten nahmen am Donnerstag die Gelegenheit wahr, im Gebäude des Dimitroff-Museums mit dem gegenwärtig in Leipzig weilenden britischen Kronanwalt D. N. Pritt eine längere Aussprache zu führen. Nach der Begrüßung durch Rektor Professor Dr. Georg Mayer beantwortete der Gast eine Reihe Fragen zur internationalen Politik und zur Entwicklung in Großbritannien.

Besonders unter dem Eindruck der Leipziger Messe einerseits und der Gespräche im imperialistischen Lager, wie sie bei den gescheiterten Verhandlungen um den EWG-Beitritt Großbritanniens zum Ausdruck kamen, andererseits, charakterisierte er die gegenwärtige weltpolitische Entwicklung mit den Worten: Die sozia-

listische Welt wächst immer stärker, und die kapitalistische Welt wird immer instabiler.

Eine Frage von Professor Dr. Arzinger beantwortete, gab er — anknüpfend an die jüngsten Erklärungen des neuen Vorsitzenden der Labour Party, Wilson — der Gewißheit Ausdruck, daß die Torheit, die DDR nicht anzuerkennen und ihre Souveränität nicht zu respektieren, früher oder später überwunden werden wird.

Es müsse einer der ersten Schritte einer künftigen Labour-Regierung sein, solche diskriminierenden Beschränkungen, wie sie sich gegenwärtig das Allied Travel-Office in Westberlin anmaßt, aufzuheben, antwortete der britische Gast auf eine Frage von Professor Dr. Budziszewski, der selbst einer Einladung des britischen Unterhausabgeordneten Silverman nach Großbritannien auf Grund der völkerrechtswidrigen Tätigkeit dieses sogenannten Reisebüros nicht Folge leisten konnte.

Im Zusammenhang mit seinen Eindrücken von der Leipziger Frühjahrsmesse äußerte sich Kronanwalt Pritt mit großer

Anerkennung über die ökonomischen Erfolge der Deutschen Demokratischen Republik und aller sozialistischen Länder.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs forderte er die Wissenschaftler dazu auf, ihre britischen Fachkollegen eingehender über die Entwicklung in der DDR und in Westdeutschland zu informieren.

Über den Londoner Gegenprozeß

Am Tage darauf sprach Kronanwalt Pritt vor Studenten der Fakultät für Journalismik, der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät und der Historischen Institute ausführlich über den von ihm vor dem Leipziger Reichstagsbrandprozeß geleiteten Gegenprozeß in London, dessen Ergebnisse am 20. September 1962, einen Tag vor Eröffnung der Leipziger Verhandlungen, der Öffentlichkeit übergeben wurden und wesentlich zur Niederlage der Nazis im Reichstagsbrandprozeß beitrugen. Als Zeugen waren damals in London u. a. Wilhelm Koenen und Rudolf Breitscheid aufgetreten.

Wie lange noch soll es solche „Studenten“ geben?

Die verheerende Sprengstoffexplosion im Hause Hohenzollerndamm 15 im Westberliner Bezirk Wilmersdorf, wenige Minuten von der Stelle entfernt, wo vor einigen Tagen das sowjetische „Intourist“-Reisebüro durch einen Sprengstoffanschlag zerstört wurde, hat wieder mit erschreckender Deutlichkeit sichtbar gemacht:

- Westberlin ist Pulverfaß im übertragenen wie im wörtlichen Sinne.
- Die Westberliner OAS-Terroristen, die als willfährige Werkzeuge der Ultras eine Gewaltpolitik betreiben, rekrutieren sich zu einem großen Teile aus den reaktionären Kreisen der Westberliner Studentenschaft.

Der 23jährige Hans-Jürgen Bischoff, der beim Herstellen von Sprengstoffpaketen in Stütze gefasst wurde, war Jurastudent an der sogenannten „Freien Universität“, Mitglied des faschistischen „Bundes nationaler Studenten“ und einer Terrororganisation Kopierer und „Hilfspolizist“.

Sechs Kilogramm Sprengstoff, der gleiche, der beim Anschlag auf das „Intourist“-Büro und bei Anschlägen auf die Staatsgrenze der DDR verwendet wurde, weiterhin Maschinenpistolen, Munition und Hetzplakate wurden im Keller des verwüsteten Hauses gefunden.

Drei Westberlinerinnen, Bewohner des Hauses und Passanten, erlitten durch die Explosion zum Teil schwere Verletzungen.

Im Hintergrund stehen die Bonner und amerikanischen Ultras, der Gehlen-Geheimdienst, der Westberliner Senat und Willy Brandt, der die Bombenwerfer mit den Worten ermunterte:

„Ich habe volles Verständnis, und ich bin sogar froh darüber, daß die Jugend, wenn sie ihre Forderungen stellt, nicht mit der Artigkeit eines Jungmädchenheims aufrüht.“

Und: „Wir werden auf die Dauer niemanden verbieten können, das was er über die Mauer denkt, nicht nur zu sagen, sondern seinen Empfindungen auch stärker Ausdruck zu verleihen.“

Bereits im vorigen Jahr sprachen wir in einem Brief an eine westdeutsche

Studentenzeitschrift angesichts der Terrorakte an der Staatsgrenze der DDR in Berlin diese Warnung aus:

„... die Schüsse und die Bombenanschläge sollten allen westdeutschen Bürgern ein ernstes Signal sein. Denn die Zeit bis fünf Minuten nach zwölf untätig verstreichen zu lassen heißt so lange zu warten, bis auch in Westberlin und in Nürnberg die Plastikbomben der Adenauer-Brandt-OAS explodieren... Den Feinden der Versöhnung und der Koexistenz das Handwerk legen, gebietet nicht zuletzt die eigene Sicherheit aller westdeutschen Bürger.“

Diese Warnung ist heute dringender denn je. Uns ist der antifaschistische Wall ein sicherer Schutz, doch die schrecklichen Auswirkungen sind auf Westberliner Seite.

Die Westberliner Studenten sollten deshalb damit beginnen, an ihren Universitäten Ordnung zu schaffen.

Immer wieder tauchen die Namen von Studenten der FU und TU auf, beim Bau des Agentennetzes in der Wollanstraße Peter Kuczma und Eberhard Matthes, bei einer bewaffneten Grenzprovokation Dieter Wohlfahrt, beim Überfall auf einen Grenzpolizisten der DDR Martin Sonnabend. Die Liste ließe sich noch lange fortsetzen. Auch der jetzt sein eigenes Opfer wurde, ist kein Unbekannter: Bischoff war bereits einmal an einer Brandstiftung in einem Westberliner SED-Büro beteiligt.

Wie lange wollen die Westberliner Studenten und Wissenschaftler noch dulden, daß ihre Universität ein Reservoir von Terroristen ist, daß Werbezentralen von Geheimdiensten hier ihr Unwesen treiben?

Wie lange wollen sie noch die Existenz nationalistischer und faschistischer Organisationen an Stätten der Wissenschaft dulden?

Wie lange wollen sie noch dulden, daß die Westberliner Hochschulen und Universitäten mehr und mehr zum Rummelplatz einer verderbten Politik und zu Zentren des kalten Krieges gegen die DDR gemacht werden, anstatt daß hier friedliche wissenschaftliche Arbeit betrieben wird?

Pressekonferenz zum 10. Jahrestag

Auf einer Pressekonferenz im Senatsaal informierten am Freitag Rektor Prof. Dr. Georg Mayer und Prorektor Prof. Dr. Mühlke sowie weitere Vertreter des vorbereitenden Komitees die Vertreter von Presse und Funk ausführlich über den Inhalt der Festwoche anläßlich des 10. Jahrestages der Namensgebung der Karl-

Marx-Universität sowie über deren Vorbereitung. Der Rektor hob hervor, daß die Rechenschaftslegung der Universität vor einer breiten Öffentlichkeit über ihre Entwicklung und ihre Leistungen neben den wissenschaftlichen Konferenzen wesentlicher Inhalt der Feierlichkeit ist. Genosse Dr. Schmidt, Stellvertreter des Sekretärs der Universitäts-Parteileitung, wies darauf hin, daß sich die Universität vorgenommen hat, im Rahmen des Massenwettbewerb zur Auswertung des VI. Parteitag bis zum Jubiläum wichtige Aufgaben in Forschung und Lehre zu erfüllen. Unter anderem sollen auf dem Festakt am 4. Mal neue Ausbildungspläne an das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen übergeben werden.

Es wurde mitgeteilt, daß anläßlich des Jahrestages ein Sammelband mit dem Titel „Forschung, Lehre, Praxis“ und ein Hochschulführer veröffentlicht werden.

Belgischer Wissenschaftler gegen Reiseverbot

Der Vorsitzende des Kulturkomitees Belgien-DDR, Dr. Wilhelm Poo, hat sich in der Wochenzeitung „Links“ energisch gegen ein Reiseverbot gewandt, das das Allied Travel-Office in Westberlin dem DDR-Wissenschaftler Prof. Dr. Dr. Theodor Frings das belgische Einreisevisum verweigert hat.

Prof. Frings sollte in Gent die Ehrendoktorwürde der Universität erhalten. Auf einem festlichen Empfang in der Universität-Gent hatte Prof. Poo die wissenschaftliche Arbeit von Prof. Frings gewürdigt.

Weg zur Wende, zur Verhütung der Notstandsdictatur

Beweis 100 namhafte westdeutsche Intellektuelle setzten ihre Unterschrift unter einen Appell des „Fränkischen Kreises“, in dem es unter der Überschrift „Kampf gegen die Notstandsgesetze“ heißt: „Diese Gesetzgebung bedroht unsere ohnehin ungesicherte Demokratie. Sie widerspricht dem Geist des Grundgesetzes und bietet die Handhabung zur Bewährung unserer staatsbürgerlichen Freiheit. Wir begrüßen daher die wachsende Opposition aus allen Kreisen unseres Volkes. Wir stimmen insbesondere dem Beschluß des 6. ordentlichen Kongresses des (west-)Deutschen Gewerkschaftsbundes zu, der im Namen der sieben Millionen Mitglieder gefaßt wurde. Wir hoffen, daß der DGB seine moralische Autorität und die Kraft seiner Organisation einsetzt, um kompromißlos einer Gesetzgebung entgegenzutreten, die zwangsläufig zu neuen Krisen unserer Demokratie führen und nicht zuletzt unserem Ansehen in der Welt schaden würde. Wir rufen alle um die Zukunft der Demokratie besorgten Menschen auf, gleich uns und den Ge-

werkschaften das Zustandekommen der Notstandsgesetzgebung zu verhindern.“ Wer die Liste der Namen dieser Intellektuellen liest, die den Appell bisher unterschrieben (die Unterschriftenammlung wird in den nächsten Wochen fortgesetzt), der wird darunter eine ganze Reihe Persönlichkeiten finden, die die „Notstandspraktiken, Gesinnungszwang und Rufmord bereits am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Das heißt, die Unterzeichner verkörpern zu einem großen Teil selbst die Dringlichkeit ihres Anliegens. Nur drei seien hier genannt: Prof. Dr. Franz Paul Schneider, Würzburg: Ihm wurde auf Grund seiner Beteiligung im „Fränkischen Kreis“, einer freien Vereinigung von Angehörigen geistiger Berufe in der Bundesrepublik, nach wegen seiner Unterstützung der Wallfestspiele in Helsinki ein Dienstverbot erlassen, das ihn von der Ausübung seiner Tätigkeit als Beamter gegenüber dem Freistaat Bayern“ Prof. Dr. Renate Riemeck: Wegen ihres

mutigen Eintretens für eine Politik der Verständigung und gegen die Bonner Atomaufrüstung wurde sie aus dem Prüfungsausschuss der Pädagogischen Akademie Wuppertal entfernt und mußte ihr Lehramt aufgeben.

Prof. Gerhard Gollwitzer: Der bekannte Theologe ist seit Jahren wegen seines offenen Bekenntnisses gegen die antinationale Politik der Bundesrepublik Anfeindungen durch die westdeutsche Presse ausgesetzt. Die reaktionären Kreise in Westdeutschland setzten alle Hebel in Bewegung, um seine Berufung nach Basel zu verhindern.

So wächst angesichts der drohenden Notstandsdictatur der Widerstand gegen das Adenauer-Regime und die Forderung nach einer Wende in der westdeutschen Politik. Die Mahnung der Intellektuellen, alle Demokraten sollen sich unter der Führung der Arbeiterklasse zusammenschließen, um die verhängnisvollen Notstandsgesetze abzuwenden, zeigt, daß in Westdeutschland immer mehr die Erkenntnis reift: Eine Wende wird herbeigeführt, indem die Arbeiterklasse in Bunde mit den Bauern, der Intelligenz und anderen friedliebenden Kräften auf die politische Bühne tritt und das Geschehen in der westdeutschen Bundesrepublik gesteuert. (Walter Ulbricht auf der XVII. Deutschen Arbeiterkonferenz).

VDS für Kontakte

Die in Hamburg tagende Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) hat sich am vergangenen Freitag einmütig für die Fortsetzung und Erweiterung der Beziehungen zu studentischen Verbänden der sozialistischen Länder ausgesprochen. Im Beschluß heißt es u. a.: „Es hat sich gezeigt, daß falsche Vorstellungen nur durch gegenseitige Information korrigiert werden und auf Grund von Gesprächen Annäherungen stattfinden können, die bestehende Spannungen beseitigen helfen.“

Wie aus den Worten des Vorsitzenden des VDS, Lothar Krappmann, hervorgeht, sollte die Kontaktaufnahme zur FDJ besonders beraten werden. Zu dieser Äußerung Krappmanns beitrug die Erste Sekretärin des Zentralrats der FDJ, Horst Schumann, in einem Interview mit der „Jungen Welt“, daß sich der VDS in dieser Frage keine noch nicht an die FDJ gewandt habe. „Aber selbstverständlich unterstützen wir jede ehrliche Absicht zu Gesprächen. Wir sind grundsätzlich für Entschärfung, die dazu ansetzt sind, normale Beziehungen zwischen den Jugendorganisationen herzustellen, die in beiden* deutschen Staaten bestehen.“

In seinem Eröffnungsreferat vor den 128 Teilnehmern der VDS-Tagung hatte der bekannte Physiker und Mitunterzeichner des Göttinger Appells, Prof. von Weisacker, gemahnt: „Ein vernünftiges politisches Handeln muß davon ausgehen, daß der Weltfrieden erhalten werden muß, denn die schrecklichsten Darstellungen des Atomkrieges sind die richtigsten.“